Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 33,— Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 99,— Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 1,50 Mk.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 3,00 Mk. für auswärtige Besteller mit 3,50 Mk. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 6,50 Mk., für Auswärtige 7,50 Mk. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 181 — Sonnabend, den 5. August 1922 — 72 Jahrgang.

Bekanntmachung.

Wir haben heute den Ratsassistent

Herrn **Friedrich Wilhelm Riedel**

als stellvertretenden Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Lichtenstein-Callnberg in Pflicht genommen.

Lichtenstein-Callnberg, am 4. August 1922.

Der Stadtrat.

Inhaber von Milchverbilligungs-Scheinen werden gebeten, sich **Dienstag,** den 8 August zwischen 9 u. 12 Uhr vormittag in dem Standesamtszimmer (Sparkassenverwaltungsgebäude) einzufinden.

Wohlfahrtsamt.

Freiw. Feuerwehr 2. Komp. (Callnberg)

Morgen Sonntag früh 3/4 7 Uhr Uebung

Der Hauptmann.

Der von St. Egidien nach Hermsdorf führende **Kommunikationsweg** wird wegen Massenschüttung von **Montag den 7. August bis Sonnabend den 12. August** für den gesamten Fahrverkehr gesperrt.

Rüsdorf, den 5. August 1922.

Der Gemeindevorstand.

Teßner.

Bauschule Glauchau.

Hochbau. Tiefbau. Eisenbetonbau

Beginn des Winterunterrichtes: 1. November. Schulordnung kostenlos durch Direktion.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Nach einer Meldung der Morning-Post ist es wahrscheinlich, daß die Verhandlungen in London eine längere Zeit in Anspruch nehmen werden. Ursprünglich war nur von einer Dauer von zwei bis drei Tagen die Rede.

* Die Spitzengewerkschaften werden voraussichtlich im Laufe des heutigen oder morgigen Tages zu den im Reichsverkehrsministerium getroffenen Vereinbarungen über das Arbeitszeitgesetz Stellung nehmen.

* Der bayrische Landtag hat gestern den Rest seiner Arbeiten erledigt, vorbehaltlich einer Schlußsitzung. Das Finanzgesetz für das Jahr 1921/22 wurde angenommen und zwar gegen die Sozialisten, die starke Mißtrauenserklärungen gegen den Ministerpräsidenten, Grafen Lerchenfeld, erhoben.

* Donnerstag früh sind über 28 ausgewiesene Deutsch-Elsässer auf badischem Boden eingetroffen. Nach Aussagen der Ausgewiesenen sind Massentransporte von Deutschen aus dem Elsaß für die nächsten Tage zu erwarten.

* Der italienische Außenminister Schanzer begab sich am Freitag abend in Begleitung von Torratores, dem neuen Schatzminister, nach London.

* Der Streik in Italien ist endgültig beendet.

* Lloyd George gab bekannt, daß England eine Luftflotte von zunächst 500 Flugzeugen zu Verteidigungszwecken bauen wolle. — So wird abgerüstet!

Der 5. August.

Heute mittag 12 Uhr sollen die französischen Raubpläne auf Deutschland seitens Frankreich in neuer Gestalt auftreten, man weiß aber noch nicht genau, in welches Gewand der Erpressung sie sich hüllen werden, da Herr Poincaree nur erst versteckt seine Pläne kund getan hat.

Die „Basler Nationalzeitung" meldet aus Paris: In diplomatischen Kreisen in Paris glaubt man, daß die von Poincaree gegen Deutschland angedrohten Sanktionen am 5. August kaum schon durchgeführt werden. Wahrscheinlich werden infolge des englischen und italienischen Einspruchs nur finanzielle Repressalien erwogen, die kaum in dieser Woche ihren Anfang nehmen werden. Am Montag folgen die Beratungen in London, in welchen Poincaree nicht mit der Verantwortlichkeit begonnener Sanktionen antrücken wird. Man darf deshalb den Drohungen und der offiziellen Ankündigung durch die Havas-Agentur nicht allzu große Bedeutung beimessen.

In unterrichteten englischen Kreisen glaubt man, daß, selbst wenn die deutsche Antwort an Poincaree nicht befriedigend ausfallen sollte, die französische Regierung jedes Vorgehen gegen Deutschland bis nach der Londoner Besprechung aufschieben werde. Allgemein lasse sich jedoch bereits jetzt erkennen, daß Lloyd George auch diesmal dem französischen Drängen nur sehr geringe Widerstandskraft entgegensetzen werde. Er wird sehr zufrieden sein müssen, wenn es ihm gelingt, die äußersten Spitzen der französischen Forderungen ein wenig zu beschneiden und Zugeständnisse Frankreichs hinsichtlich der Unterseeboots- und Flugzeugfrage zu erhalten. Im übrigen werde wie immer **Deutschland die Kosten der Verständigung** tragen müssen.

Französische Vorbereitungen.

„Echo de Paris" meldet: 240 französische Zollbeamte sind zur Verfügung des Finanzministers für den 5. August nach Paris berufen worden. Die Sitzung des Obersten Kriegsrates, die erst am Sonnabend stattfinden sollte, beginnt bereits Freitag früh.

Der „Temps" meldet: Der Oberkommandierende der Besatzungsarmee am Rhein nimmt an der Besprechung des Obersten Kriegsrates in Paris teil. Der Pariser Ministerrat hat einen Kredit von 5 Millionen Franken für die am 5. August eintretenden Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland bewilligt, vorbehaltlich der Rückerstattung durch Deutschland.

Basel, 4. August. Nach einer Meldung aus Kolmar ist das Festungsgelände Straßburgs einschließlich des badischen Brückenkopfes Kehl am 3. August früh 9 Uhr gesperrt worden. Die Einreise unterliegt den Beschränkungen des Mobilzustandes. Die Sitzung der elsässigen Gewerkschaften, die Sonnabend früh in Kolmar stattfinden sollte, um gegen neue Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Republik und Arbeiterschaft eine Kundgebung zu beschließen, ist durch die Straßburger Regierung verboten worden.

Deutschland bleibt fest.

Während Frankreich Deutschland immer noch als böswilligen Schuldner betrachtet, der seinen Verpflichtungen nachkommen könne, wenn er gehörig kontrolliert und mit scharfem Nachdruck von ihm gefordert werde, sieht sich die Reichsregierung außerstande, dem Dränger eine andere Antwort zu geben, als die bereits bekannte. Das Kabinett hat gestern abend wieder getagt. Auf Grund der gefaßten Beschlüsse wird sie erklären, daß sie infolge des Marksturzes keine andere Möglichkeit habe als an ihrer ersten Erklärung festzuhalten. Weiter ginge es nicht an, Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland schon vor dem 15. August zu ergreifen, da die Ausgleichszahlung erst zu diesem Termin fällig sei und ein Schuldner vor dem festgesetzten Termin nicht zur Rechenschaft gezogen werden könne. Die deutsche Regierung stehe übrigens nach wie vor auf dem Standpunkt, daß ihr Stundungsgesuch von der Gesamtheit der Verbündeten erledigt werden müsse. Im übrigen werde sich die Reichsregierung in ihrer Antwortnote nicht der Möglichkeit verschließen, daß die Ausgleichszahlungen eventuell auf einer anderen Grundlage durchgeführt werden könnten, wenn die Verbündeten die Hand dazu bieten würden.

Die Auffassung unserer Industriellen.

Berlin, 4. August. Wie die „B. Z." hört, hat gestern im Hotel Esplanade eine Zusammenkunft von führenden rheinisch-westfälischen und schlesischen Industriellen, besonders von Vertretern der Schwerindustrie, stattgefunden, die sich über die neu geschaffene Lage anläßlich der angedrohten Sanktionen Poincarees schlüssig werden sollte.

Deutsches Reich

Erhöhung der Posttarife.

Berlin. Eine Berliner Korrespondenz bringt Meldungen über eine bevorstehende Erhöhung der Posttarife und teilt bereits die angeblichen neuen Tarifsätze mit. Wie wir erfahren, ist mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. eine Erhöhung der Posttarife mit Sicherheit zu erwarten. Die Erhöhung soll der Verminderung des Geldwertes entsprechen. Vorläufig handelt es sich aber nur um Vorschläge, die das Reichspostministerium den Mitgliedern des Verkehrsbeirates gemacht hat. Wie sich die Gebühren endgültig stellen werden, ist noch ungewiß und hängt von den Beschlüssen des Verkehrsbeirates ab. Die Zahlen, die in der Korrespondenzmeldung genannt werden, treffen jedenfalls nicht zu, und es hat auch keinen Zweck, Zahlen zu nennen, ehe nicht die endgültige Entscheidung gefallen ist.

Die Verhaftung der Scheidemannattentäter.

In Kleinalthammer bei Gleiwitz wurden am Donnerstag, den 3. August nachmittags sieben Uhr die beiden Scheidemannattentäter, die bekanntlich am 5. Juni 1922 das Blausäureattentat gegen Scheidemann ausführten, festgenommen. Die beiden Attentäter hatten sich unter den Namen Wurm und Halber in Kleinalthammer aufgehalten. Die Berliner Kriminalpolizei hatte die Spur bis dorthin verfolgt und bewirkte nach der Umstellung des Dorfes mit Landjägern und Schupo die Festnahme der beiden. Während Halber sofort verhaftet wurde, gelang es Wurm zuerst zu entkommen. Er wurde nachher von den ihm folgenden Beamten gestellt und gleichfalls verhaftet. Die beiden Attentäter sind unter sicherer Bewachung nach Berlin gebracht worden.

Ernennung mittlerer zu höheren Beamten.

Das Thüringische Staatsministerium hat den Ministerialamtmann Crinan und den Schriftführer des Thüringischen Beamtenbundes, Justizobersekretär Schindhelm zu Regierungsassessoren ernannt, und damit zum ersten Male zwei mittlere Beamte zu höheren Beamten befördert. Beide sind Sozialdemokraten.

Kein Devisenhandelsverbot.

In Berliner Bank- und Börsenkreisen war das Gerücht verbreitet, wonach auch in Deutschland nach dem Vorbilde Wiens und Budapests ein Devisenhandelsverbot bevorstehen soll. Das Reichsfinanzministerium erklärt dazu, daß die Regierung wohl den unerfreulichen Vorgängen am Devisenmarkte ernsteste Beachtung schenkt und Gegenmaßnahmen erwägt, daß aber zu diesen Gegenmaßnahmen ein Devisenhandelsverbot nicht gehört, da man eine solche Maßnahme für unzweckmäßig erachtet.

Französische Propaganda in Deutschland.

Frankreich hat den dauernden Kriegszustand gegen Deutschland proklamiert und seine Freunde wie die Amsterdamer Tageszeitung „De Telegraaf" helfen ihm weiter dabei. So befahl die Leitung der französischen Propaganda im Außenministerium, deutsche Politiker und Regierungspersonen zu wichtigen politischen Dingen ausfragen zu lassen, und sofort stellte das Blatt einen Stab von Korrespondenten zusammen, die nach Deutschland fahren und sich als Vertreter namhafter deutschfreundlicher Blätter bei den deutschen Regierungsvertretern einführen.

Unter diesen Korrespondenten sind zu nennen: ein Herr v. Raalte, der besonders erfolgreich arbeitet, und ein Journalist van der Venn. Zuweilen reist auch der Telegraaf-Redakteur Lueger und ebenso der Chefredakteur Schroeder zu diesem Zwecke nach Deutschland, wobei daran erinnert werden könnte, daß letzterer während des Krieges wegen Beleidigung des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung in Holland zu Gefängnis verurteilt wurde und das Kreuz der französischen Ehrenlegion besitzt.

Die Berichte und Interviews dieser Herren gehen an das französische Ministerium und der „Telegraaf" selbst druckt ihre Ausführungen nur teilweise und vielfach in entstellter Form ab.

SLUB
Wir führen Wissen.